Bei einer Inzidenz von 165 machen die Schulen im Lande wieder dicht. So steht es im „Notbremsen"-Gesetz der Bundesregierung. Damit auch ja keine Lehranstalt unter Wert bleibt, werden Schnelltests zur Verpflichtung und muss sich jedes Kind zweimal wöchentlich die Nasenschleimhaut traktieren. Für Pädiater, Psychologen und Soziologen ist das ein Instrument mehr im Corona-Panikorchester, das massenhaft angst- und zwangsgestörte Heranwachsende produziert. Echte Bildung fällt bei all dem natürlich auch aus: In der Pandemie ist Homeschooling nachrangig, davor kommen TV, Playstation und Smartphone. Lehrerverbände finden das schlimm, wollen den Klassensaal aber lieber noch viel früher räumen. Dankeschön, sagt die Nachhilfeindustrie. Von **Ralf Wurzbacher**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/210426_Nase_auf_Schule_zu_Wie_eine_kranke_Krisenpolitik_die_Zukunft_unserer_Kinder_kaputt_macht_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Man wünschte Angela Merkel (CDU) eigene Kinder und ein paar Lenze weniger auf dem Buckel: Auf dass sie als alleinerziehende und soloselbstständige Kanzlerin in den Mittvierzigern sich und ihrem Nachwuchs Leben und Lernen in der Lockdown-Endlosschleife beibringen möge. Wie sähe das aus? Die mächtige Staatsfrau kauert beim Herrschen am Kabinettstisch, während sie nebenbei den Tagesworkload ihres Töchterchens der überlasteten Moodle-Plattform abtrotzt. Oder sie verzweifelt spät abends beim Zubettbringen des Sohnemanns, weil dessen Schlaf-Wach-Rhythmus vor lauter Homeschooling, Wechselunterricht und Zwangsquarantäne komplett zerrüttet ist. Aber selbst dann, wenn das Einmaleins auch nach der hundertsten Wiederholung nicht sitzt, erlöst die Mutti der Nation sich und ihre Sprösslinge selbstredend nicht – sondern verordnet die nächste Totalschulschließung.

Was ist eigentlich aus dem Bekenntnis unserer Pandemiemanager geworden, die Lehranstalten bei künftigen Maßnahmenverschärfungen zu schonen? Weil doch jungen Menschen weitere Zumutungen nicht zuzumuten wären, von wegen Zukunft durch Bildung und so. Alles Schnee von gestern. Erreicht demnächst eine Stadt oder ein Landkreis die Sieben-Tage-Inzidenz von 165 „Neuinfektionen" auf 100.000 Einwohner, ist sofort wieder Schluss mit Präsenzbetrieb. So haben es am Mittwoch der Bundestag und tags darauf der Bundesrat mit dem „Notbremsen"-Gesetz verfügt. Basta! Es gab mal ein Zeit, da wurde wenigstens darüber diskutiert, wie Eltern, von denen mithin beide berufstätig sind, das mit der Heimbeschulung eigentlich meistern sollen. Seit die Schulen, wie vielerorts in den

vergangenen Wochen, wenigstens zur Hälfte im Zwei-Tage-Takt unterrichten, hört man nichts mehr davon. Motto: Halbes Leid ist gar kein Leid. Mit Omas Hilfe, vielleicht ja schon geimpft, dazu Homeoffice und einem Schuss Kreativität lässt sich das Kind schon schaukeln. Und wenn nicht, kann man seine Ausfälle immer noch beim „Rettungspaketdienst" von Peter Altmeier (CDU) geltend machen, mit reichlich Geduld und Überbrückungskrediten.

Vier Monate „Stubenarrest"

Aber um die Erwachsenen und ihre Sorgen soll es hier gar nicht gehen. Die Kleinen sind die viel größeren Leidtragenden dessen, was sich fälschlich Krisenpolitik nennt und die Krise immer nur noch schlimmer macht. Es gab bis vor kurzem tatsächlich Zehntausende Jugendliche in Deutschland, die über vier Monate lang, also ab dem zweiten harten Lockdown vom 19. Dezember, keinen Klassensaal von innen gesehen hatten. Zum Beispiel betrifft das die Mittelstufen in der Bundeshauptstadt, die erst dieser Tage nach Ende der Osterferien vom „Stubenarrest" befreit wurden. „Boah krass! Total ungewohnt, wieder in der Schule zu sein", gab die „Berliner Zeitung" eine Schülerin aus Charlottenburg wieder, die wohl nicht ahnte, dass ihr alsbald wieder „Heimatknast" droht. Berlins Inzidenz rückt der neuen K.o.-Latte schon wieder bedrohlich nahe. Vielleicht eine Woche noch, dann ist auch schon wieder Schluss mit leibhaftigen Lehrkräften, Freunden, sozialem Lernen und Hoffnung.

Fast täglich melden sich Psychologen, Soziologen, Therapeuten, Kinderärzte und Sozialverbände zu Wort, die vor schwerwiegenden Schäden bei Heranwachsenden infolge der anhaltenden Notstandssituation warnen. Diese litten unter mannigfaltigen Krankheitsbildern wie Angst-, Zwangs-, Essstörungen, Depressionen, selbstverletzendes Verhalten. Dazu kämen Kontaktverlust, Perspektivlosigkeit, vermehrt Fälle von häuslicher Gewalt, Geschwisterkonflikte und Mobbingprobleme. In einem Interview mit „Zeit-Online" schlug dieser Tage die Hamburger Kinderärztin Susanne Epplée Alarm: „Wir sehen Kinder, die unter Angstzuständen und Depressionen leiden, die nur noch im Bett der Eltern schlafen, einnässen oder nicht einschlafen können." Manche hätten Schmerzen ohne organische Ursachen, andere litten unter Panikattacken und immer mehr wären mediensüchtig und aggressiv. In einem Fall hätten Eltern eines Jungen das WLAN abgestellt, worauf dieser die Zimmertür zertrümmert habe, ein anderer Junge „ist mit dem Küchenmesser auf seine Schwester losgegangen".

Lachen verlernt

Was ist von Regierenden zu halten, die das schulterzuckend hinnehmen, sofern sie es überhaupt zur Kenntnis nehmen? Wollen sie weiterhin das Leben der „Alten" damit retten,

dass die Jüngsten vor die Hunde gehen? Das Kinderspital Zürich hat 2020 mehr als doppelt so viele Suizidversuche bei Kindern und Jugendlichen registriert als 2019. Damals waren es 22, im ersten Pandemiejahr 49. Allein bis Ostern kamen 21 Fälle hinzu. In einer Gesellschaft unter Dauerstress vergeht Kindern buchstäblich das Lachen. „Grundlegende Kompetenzen wie Freundschaft, Austausch mit anderen und auch Heiterkeit werden derzeit nicht mehr gelernt“, mahnt der Regensburger Kinderpsychologe Alfred Leurpendeur. Manche trauten sich nicht mehr, die Maske abzunehmen aus Angst, sich zu infizieren und am Ende schuld am Tod der eigenen Oma zu sein.

Man erinnert sich an das sogenannte Panikpapier aus dem Bundesinnenministerium, das vor dem ersten Lockdown die Runde machte. Der darin evozierte Horror, Kinder könnten ihre Großeltern aus Nachlässigkeit um die Ecke bringen, hat sich augenscheinlich in den Köpfen eingenistet. Auftrag erfüllt! Klopft sich Horst Seehofer (CSU) deshalb selbst auf die Schulter? In einem offenen Brief haben dieser Tage unter dem Dach der „Initiative Familie“ (if) namhafte Pädiater, Psychologen und Virologen an die Bundesregierung appelliert. Das Hin und Her beim Infektionsschutz dürfe nicht länger auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden, heißt es darin und weiter: Die Solidarität, die man Heranwachsenden seit Monaten abverlange, „geht auf Kosten ihrer Bildungs- und Entwicklungschancen, ihrer psychischen Gesundheit und ihrer körperlichen Unversehrtheit“. Ausdrücklich wenden sich die Verfasser „gegen jede Art von automatischen Einschränkungen des Regelbetriebs in Schulen und Kitas sowie Gruppensportverbote in Abhängigkeit von Meldeinzidenzen im Infektionsschutzgesetz“.

Positive ins „Kittchen“

Dabei verweisen sie auf eine Reihe an Studien, die gegen das aktuell hoch im Kurs befindliche Narrativ sprechen, die Lernfabriken wären gemeingefährliche Virusfabriken. Wer wie zum Beispiel „Spiegel-Online“ von „explodierenden Inzidenzen“ schreibt, sollte nicht davon schweigen, dass dies angesichts der in den Schulen inzwischen großflächig vorgenommenen Schnelltests keine Überraschung ist. Natürlich schießen damit die sogenannten Fallzahlen in die Höhe. Es soll ja gerade der Sinn der Massentesterei sein, die Dunkelziffer der unerkannten „Infektionen“ ans Licht zu befördern. Und prompt testen sich die Menschen haufenweise mit den bei jedem Discounter zu habenden Testkits und verlängern damit nur den Notstand. Wollte die Politik mit der Testpflicht an Schulen nicht dafür sorgen, dass sie öffnen und geöffnet bleiben können? Denkste! Die Maßnahme ist der Hebel, sie wieder dicht zu machen, und Millionen Schülernasen helfen mit. Zumal die Popelei ab heutigem Montag dank „Notbremse“ bundesweit zur Pflicht wird und etwa das hessische Kultusministerium bei Zuwiderhandlung mit Kindesentzug droht (kein Witz).

Dabei ist nicht einmal Deutschlands Starvirologe und Regierungsberater Christian Drosten restlos überzeugt vom schulischen Großmanöver. „Die Schnelltests schlagen erst am Tag eins nach Symptombeginn an, da ist man aber schon drei Tage lang infektiös“, beschied er zuletzt in seinem NDR-Podcast. Was bedeutet: Die sogenannten Präsymptomatischen, Drostens große Sorgenkinder, lassen sich mit der Methode gar nicht aufspüren. „Wenn man davon ausgeht, dass eine infizierte Person in der Regel acht Tage lang ansteckend ist, heißt das: An fünf von acht Tagen entdecke ich mit dem Antigentest eine Infektion, an drei Tagen werde ich sie übersehen.“ Wozu dann der ganze Aufriss? Eigentlich sollte es dann doch genügen, auf die Eltern zu vertrauen, dass die ihre Kinder zu Hause lassen, wenn die morgens schniefend und hustend aus dem Bett steigen.

Testlotterie

Die versammelte Zunft der Kinderärzte hat weitere Bedenken. Es sei zu erwarten, „dass die Zahl falsch negativer und falsch positiver Ergebnisse inakzeptabel hoch sein und weit mehr Schaden als Nutzen“ mit sich bringen werde, warnten mehrere Verbände schon Ende Februar. Dazu käme das „Potenzial großer präanalytischer Fehler in der Probenentnahme“. Ähnlich argumentierte Anfang März das Kompetenznetz Public Health Covid-19 in einer Stellungnahme. Der Anteil sogenannter falsch negativer Testergebnisse variiere bei je nach Güte der Tests zwischen fünf und 20 Prozent, liest man da. „Der Anteil derjenigen, die bei einem positiven Testergebnis auch tatsächlich infiziert seien, könne bei Kindern und Personen ohne Symptome deutlich niedriger ausfallen.“

Vielleicht bräuchte es mehr Eltern der Sorte, die wie in Nordrhein-Westfalen wegen des Testzwangs Krach schlagen und bis vors Oberlandesgericht gezogen sind. Sie wehren sich gegen Datenschutzverstöße, Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Kindern und beklagen Mobbingprobleme. Es gibt offenbar gehäuft Fälle, in denen als „positiv“ Geoutete stigmatisiert werden. Manch ein Schuldirektor ist dabei wohl nicht ganz unbeteiligt. Der Autor dieses Artikels weiß von einem Gymnasium in Rheinland-Pfalz, das eine Art Isoliertrakt aus mehreren winzigen Kabinen errichtet hat. Darin müssen positiv Getestete in Schutzanzug das Eintreffen der „Gesundheitspolizei“ zwecks Nachtestung abwarten, um sich danach von ihren Eltern „abführen“ zu lassen.

Man fragt sich, ob bei solchen Vorkehrungen wirklich Pädagogen am Werk sind.

Daddeln statt Lernen

Aber Pädagogik und Bildung werden ohnedies kleingeschrieben in Pandemiezeiten. Das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) hat aktuell vorgerechnet, dass Kinder und

Jugendliche im zweiten Lockdown täglich drei Stunden weniger mit Schulaufgaben beschäftigt waren als an einem üblichen Schultag vor Corona. In den ersten Wochen dieses Jahres wurden dafür im Schnitt 4,3 Stunden pro Tag aufgewendet. Fast ein Viertel der für die Studie befragten Eltern gab an, ihr Nachwuchs hätte nicht mehr als zwei Stunden mit Lernen verbracht. Gefragter waren dagegen Fernsehen, Computerspiele und das Smartphone. In den Medienkonsum wurden im Durchschnitt 4,6 Stunden investiert. Sieht so die schöne neue digitale Lernwelt aus? Nach Ansicht von Experten haben sich die ohnedies eklatanten Ungerechtigkeiten im deutschen Bildungssystem durch die Wochen und Monate im Homeschooling noch einmal verschärft. Insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien und „bildungsfernen" Haushalten wurden noch weiter abgehängt.

Schlimm ist, dass ausgerechnet die Bildungsverbände und Lehrergewerkschaften, die sonst große Reden gegen Bildungsarmut schwingen, seit über einem Jahr als Bündnispartner von Kindern und Jugendlichen ausfallen. Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), den Verband Bildung und Erziehung (VBE) oder den Deutschen Lehrerverband (DL) gibt es seit den Anfängen von Corona nur eine Gruppe an „Schutzbefohlenen": die versammelte Lehrerschaft. Geht es um die Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz für Pädagogen und den Bildungsbedürfnissen junger Menschen, ziehen Letztere stets den Kürzeren. Wobei dem ein Missverständnis zugrunde liegt, auf das auch die „Initiative Familie" in ihrem Offenen Brief hingewiesen hat. Ausbrüche in Schulen oder Kitas seien „in aller Regel klein" und das Personal habe gegenüber anderen Berufsgruppen kein erhöhtes Ansteckungsrisiko. Hingegen sei die Wahrscheinlichkeit bei Lehrern „sehr viel höher als bei Kindern, dass sie Ausgangspunkt von Ansteckungen in Schulen sind". Die Verantwortlichen bei GEW, DL oder dem Deutschen Realschulverband (VDR) haben eine andere Sicht der Dinge und fordern unisono: „Fernunterricht für Schulen ab Inzidenzwert 100".

0,00002 Prozent Lebensgefahr

Wie sehr das Hantieren mit Inzidenzwerten wissenschaftlicher Evidenz entbehrt, haben die NachDenkSeiten zuletzt hier problematisiert. Weder werden die Zahlen in Relation zur Menge der Tests gestellt, noch lokale Spezifika des Infektionsgeschehens berücksichtigt, also die Frage, ob die Fälle in Clustern aufgetreten sind oder in der Breite der Bevölkerung. Um sich ein Bild von der „Gefährdungslage" an Schulen zu machen, hilft eine neuere Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie (DGPI) weiter. Seit Mitte März erfasst der Verband in einem Register, wie viele junge Menschen mit Corona-Infektionen in den Kinderkliniken bundesweit stationär behandelt werden. Am 11. April waren es 1.259, wovon 62 intensivmedizinisch versorgt wurden. Verzeichnet sind acht Todesfälle, davon sind vier auf Covid-19 zurückzuführen. Im Vergleich dazu sind 2019 neun Kinder an Influenza und 55 bei einem Verkehrsunfall verstorben.

Bezogen auf rund 14 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland betrage die Gefahr, einem Corona-Befall zu erliegen, unter „0,00002 Prozent“. Daraus schließt die DGPI: „Die weiterhin bestehende extreme Seltenheit eines schweren oder gar tödlichen Verlaufes von SARS-CoV-2 bei Kindern und Jugendlichen ist nicht geeignet, als Argument für Schul- und Kita-Schließungen benutzt zu werden. Nur die verbleibende Behauptung, dass zwischen den Infektionen bei Kindern und Jugendlichen und der Überlastung der Intensivstationen und den schweren und tödlichen Verläufen bei älteren Erwachsenen ein Zusammenhang bestehe, könnte Kita- und Schulschließungen rechtfertigen. Daten, die diese These bestätigen, fehlen allerdings.“

Zwei Milliarden Euro und alles wird gut

Dass sich das ganze Desaster für die junge Generation mit zwei Milliarden Euro vergessen machen lässt, muss auch erst noch bewiesen werden. Diesen Betrag will die Bundesregierung für ihr Programm „Aufholen nach Corona“ in die Hand nehmen. Damit werde versucht, entstandene Bildungslücken, Lernrückstände, ausgefallene Sprachschulungen oder psychologische Probleme zu kompensieren, verkündete am Dienstag Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). Teile des Geldes sollen außerdem in Familienfreizeiten und die Schulsozialarbeit fließen.

Zur Einordnung: Der „Kooperationsverbund Schulsozialarbeit“ hatte schon 2015 einen Ausbau des Instruments in der Größenordnung von allein 3,6 Milliarden Euro jährlich und die Schaffung 62.000 neuer Stellen gefordert. Derzeit sind gerade einmal 10.000 Schulsozialarbeiter in Deutschland tätig. Sie agieren als Reparateure eines „Dauernotfallbetriebs“ auf Sparflamme, in dem sich wegen des seit Jahren grassierenden Pädagogenmangels immer mehr Quer- und Seiteneinsteiger ohne echte Lehrbefähigung tummeln.

Nachhilfe nach Heuschreckenart

Der allgemeine Qualitäts- und Niveauabfall freut dabei vor allem Nachhilfeanbieter wie die Schülerhilfe und die Studienkreis-Gruppe, die sich beide im Besitz von Private-Equity-Gesellschaften befinden. Man muss kein Prophet sein, um zu ahnen, wer von den „Corona-Nachhilfen“ am meisten profitieren wird. Die Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule in Berlin-Marzahn bittet schon heute unter dem Motto „Aufholen statt Wiederholen“ jeden Samstag zum freiwilligen Nachsitzen. Zahlmeister ist der Senat und Zahlungsempfänger der Bochumer Studienkreis, der das Lehrpersonal stellt. Dazu passend verschafft sich das Unternehmen derzeit mit einer Kampagne für „Online-Crashkurse mit ‚echten‘ Nachhilfelehrern“ gute Presse. Fürs Erste gibt`s die Hilfe „kostenlos“ – wegen der akuten

Corona-Nöte. Bei „bleibenden Schäden“ wird dann freilich abkassiert.

Vor ernsten Folgen warnte am Dienstag auch Unicef-Schirmherrin Elke Büdenbender. „Die jungen Menschen in Deutschland haben in der Pandemie große Solidarität bewiesen“, äußerte sie bei der Vorstellung des „Berichts zur Lage der Kinder in Deutschland 2021“. Ihr Appell: „Jetzt müssen wir Älteren Solidarität mit den Jüngeren zeigen und uns aktiv für ihre Interessen bei der weiteren Bewältigung der Pandemie einsetzen.“ Vielleicht sollte Büdenbender damit mal bei ihrem Gatten vorstellig werden. Als amtierender Bundespräsident hat der am Donnerstag das Gesetz zum Schulknockout mit seiner Unterschrift besiegelt.

Bitte beachten Sie bei diesem Thema auch das von den NachDenkSeiten unterstützte aktuelle Forum für Eltern, Lehrer und Schüler.

Titelbild: Suchawalun Sukjit/shutterstock.com